

Luzerner Regierung will Windkraftanlagen schneller bewilligen

Der Kanton Luzern soll bei erneuerbarer Energie aufs Tempo drücken und dafür das Planungs- und Baugesetz teilrevidieren. *Luz, 13.9.22*

Dominik Weingartner

Wer in der Schweiz Windkraftanlagen bauen will, braucht einen langen Atem. Widerstand ist gewiss und Bewilligungsverfahren sind sehr lang, auch im Kanton Luzern. Die grüne Kantonsrätin Korintha Bärtsch wollte darum in einer Anfrage von der Regierung wissen, wie diese Verfahren beschleunigt werden können.

Nun liegt die Antwort vor, und die Regierung kündigt darin an, handeln zu wollen. Demnach will sie noch in diesem Jahr eine Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes in die Vernehmlassung schicken. Die Regierung will Verfahrensbeschleunigungen auf kantonomer Ebene vorschlagen. «Handlungsbedarf sehen wir vor allem

dort, wo der kommunale Gesetzgeber zuerst eine Nutzungsplanung beschliessen muss, bevor ein Projekt bewilligt werden kann», schreibt die Regierung. Denkbar sei deshalb, für Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie von überkommunaler Bedeutung ein kantonales Plan- oder Projektbewilligungsverfahren einzuführen.

«Partikularinteressen auf kommunaler Stufe»

«So könnten sämtliche Bewilligungsverfahren zusammengeführt werden, die auch das kantonale Nutzungsplanverfahren umfasst», heisst es weiter. «Eine kommunale Nutzungsplanung wäre damit hinfällig.» Denn es sei nicht von der Hand zu weisen, «dass bisweilen Partikularinteressen auf kommunaler Stu-

fe auch wichtige Vorhaben im öffentlichen Interesse gerade zur Energieversorgung zu verzögern oder gar zu verunmöglichen vermögen», schreibt die Regierung.

Eine wichtige Rolle bei der Realisierung von Windkraftprojekten spielt der kantonale Richtplan. Dieser wird zurzeit totalrevidiert. Um bei der Windenergie aufs Tempo zu drücken, hat die Regierung aber eine vorgezogene Teilrevision zur Windenergie in Angriff genommen. Diese soll noch diesen Herbst aufgelegt werden. 22 Gebiete sollen als potenzielle Windkraftstandorte im Richtplan eingetragen werden.

«Aufgrund von aktuellen Bundesgerichtsentscheiden ist ein Windenergieprojekt ab einer gewissen Höhe ohne Festset-

zung im kantonalen Richtplan nicht bewilligungsfähig», schreibt die Regierung in ihrer Antwort auf den Vorstoss von Korintha Bärtsch und unterstreicht damit die Relevanz der Teilrevision. Im Richtplan sollen auch konkrete Projekte eingetragen werden. «Entsprechend werden solche Projekte prioritär realisiert werden können.»

Generell würde die Luzerner Regierung eine Bundeslösung begrüßen. Um die Energiewende signifikant zu beschleunigen, sei grundsätzlich ein «national einheitliches bundesrechtliches Plangenehmigungsverfahren zu begrüssen, so wie etwa bei Schieneninfrastrukturen oder Nationalstrassen», schreibt sie. «Auch das anschliessende Rechtsmittelverfahren soll so effizient und schlank wie möglich sein.»

Bei allen Möglichkeiten, Bewilligungsverfahren zu beschleunigen, weist die Regierung aber darauf hin, dass Windkraftprojekte gleichwohl Zeit brauchen. Neben Windmessungen und technischen Abklärungen wie Zufahrt, Geologie et cetera brauche es im Rahmen der erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfung umfangreiche Abklärungen zu den Auswirkungen auf die Umwelt wie Grundwasser, Schallemissionen, Schattenwurf, Vögel, Fledermäuse oder Landschaft.

Je höher das Windrad, desto grösser der Widerstand

«Investorinnen und Investoren haben dabei keinerlei Anspruch auf einen positiven Entscheid durch die Standortgemeinde, auch wenn das Projekt alle (um-

welt-)rechtlichen Anforderungen erfüllt», so die Regierung. Massgebend sei vielmehr die Haltung der an der Gemeindeversammlung anwesenden Stimmbürgerinnen und -bürger. «Dies stellt für potenzielle Investorinnen und Investoren, seien es Unternehmen oder Private, ein erhebliches Risiko dar und schreckt viele ab, den grossen zeitlichen und finanziellen Aufwand auf sich zu nehmen.»

Hinzu komme, dass mit zunehmender Nabenhöhe der Windräder der Windenergieertrag exponentiell steige. Je höher ein Windrad, desto lukrativer wäre ein Projekt als auch für Investorinnen und Investoren. Aber, schreibt die Regierung: «Je höher die Windräder, desto eher führen sie zu Widerstand.»